AfD Kreisverband Stade

Monatsbrief November 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,
im sitzungsfreien Monat Oktober wurden erfolgreich die Kreistagsfraktion, die beiden Stadtratsfraktionen und viele Ratsfraktionen in den Gemeinden gegründet. In unserem Landkreis herrscht weiterhin ein großes Schweigen um den Sechsfachmord von Stade und dem sicher manchem linken Politiker gut passenden Selbstmord des Mörders von Stade, der in einem deutschen Gefängnis (Bremervörde) geschehen konnte. Überall fallen immer wieder merkwürdige Ereignisse auf. Das ist auch verständlich, denn der dritte, der grüne Sozialismus steht im Endkampf mit den Kräften der Freiheit, die immer stärker werden. Speerspitzen der Freiheit sind in den Medien z.B. der Kontrafunk, Junge Freiheit und Tichys Einblick. Dazu kommen Vordenker wie z.Bsp. Götz Kubitschek oder die vielen klugen Köpfe in der Hayek-Gesellschaft. Unsere Alternative für Deutschland gehört genauso dazu. Diese Aufzählung kann und will nicht vollständig sein, da dies hier den Rahmen sprengen würde. Doch eines ist klar: Die Gesetze der Wirtschaft, die Naturgesetze und der Wille zur Freiheit lassen sich nie dauerhaft unterdrücken oder leugnen.
Ihnen wünschen wir viel Freude beim Lesen.
Ihr Kreisvorstand

1. Neue Links zu den Fraktionen
2. Aus dem Kreistag
3. Kolumne von Arndt Zedef
4. Zu guter Letzt

1. Neue Links zu den Fraktionen:

Fraktion Kreistag:
https://afd-kreistag-stade.de/category/aktuelles/

Fraktion Stadtrat Buxtehude:
https://afd-buxtehude.de/

Fraktion Lühe:
https://afd-fraktion-luehe.de/category/aktuelles/

Fraktion Jork:
https://afd-fraktion-jork.de/category/aktuelles/

2. Aus dem Kreistag

Antrag vom 14.11.2026: Gedenkstein für die 6 ermordeten Opfer der Jugendhilfeeinrichtung Stade

Sehr geehrter Herr Landrat Seefried,

die AfD-Fraktion stellt den Antrag vor der Jugendhilfeeinrichtung in der Dankersstsr. einen Gedenkstein für die am 29.06.2026 ermordeten Mitarbeiter aufzustellen.

Die Inschrift sollte lauten:

In Gedenken an die Mitarbeiter Dörte, Ilka Lindner, Michael Scharf, Lena Giese, Chantal Jakobsen, Unbekannt Die ihr Leben verloren, weil der Täter ohne Aufenthaltserlaubnis die Entscheidung des Jugendamtes über das Sorgerecht seiner Tochter nicht akzeptierte.



Auch diese 6 Opfer hätte es ohne eklatantes Staatsversagen nie gegeben. Der Täter war, wie so viele, vorbestraft, polizeibekannt und ausreisepflichtig. Der Staat anonymisiert die Opfer seines Versagens, um die Taten, das Gedenken und vor allem das WARUM nicht aufarbeiten zu müssen, da es auf keinen Fall eine Kontextualisierung mit der bewusst herbeigeführten Massenmigration geben darf. Genau deswegen ist es wichtig, dass die Opfer Namen und Gesichter bekommen.

3. Kolumne von Arndt Zedef

Zahl des Monats:

87,9% der per 01.07.2026 mit offenem Haftbefehl in Deutschland zur Fahndung ausgeschriebenen Personen hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit. Weitere 1,5% waren Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit,11,2% hatten nur die deutsche Staatsangehörigkeit.
So lautet eine Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Münzenmaier. „Die Welt“ zählt die Hauptherkunftsländer absteigend auf: Deutschland, Rumänien, Polen, Georgien, Türkei, Bulgarien, Algerien, Albanien, Ukraine und Marokko.
Meine Meinung dazu:
Wer zur Fahndung ausgeschrieben ist, der muss nicht schuldig sein. Wer aber gerichtlich zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, der hat sein Gastrecht verwirkt und sollte nach der Haftentlassung ausgewiesen werden.

Zitate des Monats:

Zitat 1:
„Aus Deutschland darf kein Einwanderungsland gemacht werden. Das verträgt die Bevölkerung nicht.“
Zitat 2:
„Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert, absolut gescheitert.“
Zitat 1 stammt von Helmut Schmidt (Anfang der Neunziger Jahre). Zitat 2 stammt von Angela Merkel (CDU-Parteitag 2004).
Meine Meinung dazu:
Beide hatten recht, doch leider änderte Angela Merkel als Kanzlerin 2015 ihre Meinung aus Angst vor unschönen Bildern, wie Wohlmeinende sagen. Ich denke, dass ihr Deutschland nie am Herzen lag, da ihre Politik trotz ihres besseren Wissens Deutschland schweren Schaden zugefügt hat.

Das wussten Deutsche früher auch ...
Manager-Seminar mit 30 Herren aus der mittleren Führungsebene. Treffen im Tagungshotel am letzten Tag. Der Seminarleiter spricht: "Meine Herren, zum Schluss wollen wir noch ein bisschen Allgemeinbildung betreiben. Mal sehen, was Sie so drauf haben. Der Modus ist ganz einfach: Ich nenne ein klassisches Zitat, Sie sagen mir, wer es gesagt hat, wo und wann."
Er beginnt:
"Vom Eise befreit sind Strom und Bäche …" Im Saal herrscht eisiges Schweigen bis sich ganz hinten ein kleiner Japaner zu Wort meldet: "Johann Wolfgang von Goethe, Faust, Osterspaziergang 1806!" Die Teilnehmer murmeln anerkennend.
Die nächste Frage des Seminarleiters:
"Der Mond ist aufgegangen, die goldnen Sternlein prangen …" Wie aus der Pistole geschossen, der Japaner: "Matthias Claudius, Abendlied, 1779!" Die Manager schauen peinlich berührt zu Boden.
Der Seminarleiter:
"Fest gemauert in der Erden …" "Schiller", strahlt der Japaner. "Das Lied von der Glocke, 1799!" Jetzt finden es die Manager langsam ärgerlich. Murmelt einer in der ersten Reihe: "Scheiß Japaner". Wieder ertönt die Stimme von hinten: "Max Grundig, CeBIT, 1982!".
Quelle: X, Account von AmberF.

Frankreich leidet

In Frankreich ist vieles nicht zum besten bestellt. Das Land leidet unter einem zu hohen Anteil an Migranten, die u.a. der französischen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, die dadurch schlechtere Berufschancen haben und deutlich ärmer als der Durchschnitt sind.
Frankreich leidet daran, dass zu viele hauptsächliche linke Regierungen es versäumt haben, für eine Assimilation oder zumindest Integration der Einwanderer hauptsächlich aus den ehemaligen Kolonien in Afrika zu sorgen. Es leidet darunter, dass dem Islamismus nicht sofort Einhalt geboten wurde und dass die Anerkennung der christlich-abendländischen Werte und Traditionen nicht zur Voraussetzung für ein Verbleiben in Frankreich gemacht wurden.

Frankreich leidet darunter, dass viel zu viele der in den Banlieue (Vorstätten) lebenden Migranten von der Regierung aufgegeben wurden und rechtsfreie Räume entstanden sind, in die sich die Polizei nicht mehr hinein traut.
Frankreich leidet aber auch unter der EU, die durch viel zu viel Bürokratie, Verbote, Auflagen und die Ideologie der Klimahysterie und der unsinnigen Sanktionen gegen Russland, sodass die Wirtschaft seit fast 10 Jahren kaum noch wächst.
Frankreich leidet unter den zu geringen Steuereinahmen, die auf zu geringem Wachstum der Wirtschaft beruhen.
Frankreich leidet zudem unter zu hohen Zinsen durch die steigende Staatsverschuldung, da mangels ausreichender Steuereinnahmen die Verschuldung zur Finanzierung der Staatsfinanzen gestiegen ist.
Frankreich leidet. Deutschland auch, doch Deutschland ist in allen Bereichen ein paar Jahre zurück.
Es wird Zeit, Europa konsequent in allen Bereichen von links auf rechts zu drehen.

Zwei Zukunftsvisionen

In Frankreich haben sich die anfangs friedlichen Schülerdemonstrationen zu bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen eines linken und muslimischen Mobs ausgeweitet. Rathäuser und Präfektensitze brannten oder wurden gestürmt, Kaufhäuser (z.B. La Fayette) wurden geplündert und Polizisten angegriffen. Dies alles geschah in ganz Frankreich, von Marseille über Nantes bis Paris und Straßburg. Noch ist das kein Bürgerkrieg, aber die Polizei wirkt schon jetzt hilflos. Diese Eskalation der Proteste war weit stärker als früher.
Vor wenigen Wochen besuchte der Papst Paris. Hunderttausende von Bürgern, sowohl europäische als auch migrantische Franzosen und viele ausländische Gäste feierten gemeinsam mit dem Papst friedliche und fröhliche Gottesdienste. Die europäischen Werte, wie Toleranz, Christentum und ein friedliches Zusammensein prägten die Tage des Papstbesuches.
Es stellt sich also die Frage, welchen Weg Frankreich in Zukunft nehmen wird. Geht Frankreich den linken Weg in den Sozialismus und Islamismus, der in einem Machtkampf dieser beiden Gruppen gipfeln kann? Im Iran 1979 gab es nach dem Sturz des Schahs einen solchen Machtkampf, den die Sozialisten verloren und die Islamisten gewannen.
Oder bekämpft Frankreich durch einen Politikwechsel mittels einer rechten Regierung die sozialistischen und islamistischen Tendenzen und verteidigt so Freiheit, Christentum und europäische Werte? Was für Frankreich gilt, das gilt mit zeitlicher Verzögerung auch für seine Nachbarn und somit auch für Deutschland.

In alter Tradition

Der Sowjetsozialismus unter Stalin war antisemitisch, der Nationalsozialismus unter Hitler war antisemitisch, der Antisemitismus der SED in der „DDR“ drückte sich über die Kritik an Israel aus.
Alle drei diktatorischen Regime unterstützten die radikalen Islamisten bis hin zur Terrorunterstützung.
Glücklicherweise fanden alle drei Diktaturen ein Ende. Doch leider blieben die Sozialisten was sie waren: Antisemiten. Natürlich sind nicht alle Sozialisten Antisemiten, aber doch viel zu viele von ihnen. So ist es kein Wunder, dass die Sozialisten der Mauerschützenpartei SED (sie nennt sich heute Die Linke) mit anderen Antisemiten (Islamisten) gerne an Demonstrationen teilnehmen oder sich unterstützen lassen. Die Sozialisten in den Parteien Grüne und SPD sind dabei nicht besser und gehen den gleichen Weg. An dieser

Stelle muss ich aber auch die 20 SPD-Bundestagsabgeordneten erwähnen, die mit einer gemeinsamen Erklärung „Unser Wertekompass ist nicht verhandelbar“ dagegen halten. Ihre Kritikpunkte sind:

- Struktureller Antisemitismus
- Nähe zu extremistischen Milieus und Clankriminalität
- Mangelnde Rückendeckung für Sicherheitsbehörden
- Zweifel am demokratischen Grundverständnis

Besser hätte ich die Kritik an der Die Linke und an einer Koalition mit dieser Partei auch nicht auf den Punkt bringen können.
Dass es nur 20 SPD-Bundestagsabgeordnete waren, wirft ein bezeichnend schlechtes Licht auf die frühere sozialdemokratische und nunmehr sozialistische Partei SPD.

Herbst der Reformen kommt

Die Regierung aus SPD und CDU hat eine klare Sicht auf die AfD, zu der es eine Brandmauer geben soll. Diese hat bis dato auch gehalten. Ein weiteres Projekt ist der Herbst der Reformen, der letztes Jahr kommen sollte. Leider kam der Herbst der Reformen bis Ende letzten Jahres nicht.
Nun sollte der Herbst der Reformen dieses Jahr kommen. Leider kam der Herbst der Reformen bis dato nicht.
So warten wir alle auf den Herbst der Reformen wie auf Godot.
Ich fürchte, wir müssen wie in Samuel Becketts Theaterstück „Warten auf Godot“ sehr lange warten, denn in dem Theaterstück kam Godot nicht.
Realistisch betrachtet wird es echte wirksame und kluge Reformen wohl erst geben, wenn entweder die Brandmauer gefallen ist oder, was wahrscheinlich früher kommt, die AfD die Regierungsmehrheit alleine stellen kann.

Alle Investitionen in Deutschland gestoppt

Der Pharmariese Roche (Schweiz) kennt Deutschland und seine Verhältnisse seit Jahrzehnten und war immer ein großer Investor. Nun hat der Vorstand von Roche sich die aktuelle Situation in Deutschland angesehen. Roche hat alle Investitionen in Deutschland gestoppt. Wartet Roche vielleicht auch auf den Herbst der Reformen?

Alte Melodie

Wirtschaft unter Wasser, Steuern in die Höh. Es klingt wie ein schönes altes Kinderlied, ist aber schlecht für Kinder und Eltern und gar nicht schön.
Kein Progressionsausgleich bei der Einkommensteuer, Erhöhung der Tabaksteuer und die Einführung der Zuckersteuer sind die aktuellen Projekte der sozialistischen Regierung aus SPD und CDU.
Weitere Gedanken gehen in Richtung der Besteuerung von Verkaufsgewinnen bei Gold, Krypto und privaten Immobilien, die bisher bei Einhaltung einer Mindesthaltefrist steuerfrei waren (bei Immobilien 10 Jahre). Der Sozialismus braucht immer mehr Geld, das Geld der anderen, Ihr Geld!
Daher fordern wir Freiheit statt Sozialismus!

Sozialistische Mathematik

Der linke Block aus den Blockparteien SPD, Die Linke und Grüne halten zusammen. Der Grund? Sie wollen „Unseredemokratie“ erhalten und meinen damit ihre Auffassung von Demokratie. So geschah es dann auch:
Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sieht die neue Geschäftsordnung vor, dass die Regierung dreimal mehr Redezeit bekommen soll als die AfD. Vorschläge von der AfD für einen der Landtagsvizepräsidenten wurden von den Koalitionsparteien abgelehnt.
Dabei hat die AfD 32 von 71 Abgeordnetensitzen, was einem Anteil von über 42% entspricht.

Zwei reiche Länder

Norwegen hat viel Erdöl und Erdgas vor seiner Küste. Die norwegischen Regierungen waren klug und haben die Erlöse genutzt, um einen Staatsfonds anzulegen. Aus diesem Staatsfonds hat Norwegen im letzten Jahr über 200 Mrd. Euro an Ertrag erzielt. Rund 40 Mrd. Euro davon gehen in den Staatshaushalt, um dessen Ausgaben zum Teil zu finanzieren, der Rest wird angelegt. Die Staatsverschuldung beträgt rund 187 Mrd. Euro, während der Staatsfonds einen Wert von über 2.000 Mrd. Euro hat. Die Brücken, Schulen und Straßen werden zügig in Ordnung gebracht und so der Investitionsrückstand verringert. Die Wohneigentumsquote liegt bei rund 80% - ein Spitzenwert in Europa. Norwegen ist ein reiches Land.
Über Deutschland sagte Kanzlerin Merkel „wir sind ein reiches Land“.
Dazu habe ich ein paar Fragen:
Warum haben wir keinen Staatsfonds, sondern überbordende Staatsschulden?
Warum haben wir trotz hoher Steuern einstürzende Brücken, verfallende Straßen, marode Schulen und öffentliche Gebäude?
Warum haben wir nur eine Wohneigentumsquote von unter 50%?
Warum müssen deutsche Rentner Flaschen sammeln?
Das alles deutet nicht auf ein reiches Deutschland hin!
Warum geben wir dann aber zweistellige Milliardenbeträge jeweils für die Ukraine, die sogenannten Flüchtlinge, die EU, für Entwicklungshilfe und den Klimawahn aus?
Eine kluge Politik sieht sicher anders aus, denn:
Warum sanieren wir nicht schon seit Jahren Schulen, Brücken und Straßen?
Warum haben wir nicht schon seit Jahren die unsinnigen Klimasteuern abgeschafft, die Kernkraftwerke wieder in Betrieb genommen und die Russlandsanktionen aufgehoben?
Der Erfolg wäre, dass die Wirtschaft und die fleißigen Bürger und Rentner nicht nur die Wahl zwischen Auswandern und Leiden haben, sondern es ihnen allen wieder gut geht.
Ach ja, ich vergaß: Die Brandmauer erzählt uns zur Beruhigung Märchen vom reichen Land, welches sie gleichzeitig ausbeutet und verfallen läßt.
Warum erkennen diese Zusammenhänge immer noch nicht alle Bürger und wählen die Alternative für Deutschland?

Zwei fabelhafte Familien

Die beiden Familien Roth und Freud sind Nachbarn und befreundet. Sie haben zufälligerweise je drei Kinder im Alter von 5, 7 und 9 Jahren. Sie gingen im Sommer gemeinsam zum Erdbeerpflücken. Dabei gingen sie unterschiedlich vor.
Familie Roth schickte den Papa zum Pflücken, das älteste Kind kontrollierte den Papa, dass dieser nicht nascht und brachte die vollen Körbe zur Mutter. Die Mutter beaufsichtigte die beiden anderen Kinder, von denen das jüngste spielen durfte und das mittlere Kind die

Erdbeeren nach Größe sortierte. Die Sortierung sollte sicherstellen, dass am Abend alle in der Familie Roth genau die gleiche Menge an Erdbeeren essen dürfen. Da nur der Vater Erdbeeren pflückte, war das Ergebnis ernüchternd.
Anders ging die Familie Freud vor. Beide Eltern und alle Kinder bekamen je einen Korb und gingen Erdbeeren pflücken. Das kleinste Kind naschte die meisten Erdbeeren auf und tat die wenigsten in den Korb. Die beiden anderen Kinder waren disziplinierter, naschten aber auch etwas. Die Eltern hingegen waren sehr fleißige Pflücker. So kam am Abend eine große Menge Erdbeeren zusammen. Es waren so viele Erdbeeren, dass sie gar nicht alle essen konnten und viel zu Marmelade eingekocht wurde. Über die viele Marmelade freuten sie sich noch den ganzen Winter.
Auch die Nachbarn, Familie Roth, erhielt ein Glas Marmelade als Geschenk. Doch diese freuten sich nicht darüber, denn sie fanden es ungerecht, dass Familie Freud so viel mehr Erdbeeren hatte als sie selbst. Familie Roth war die Gerechtigkeit so wichtig, dass sie sich über die unfairen Methoden der Familie Freud ärgerten und die Freundschaft ein Ende hatte.
Wie konnte es nur dazu kommen? Familie Roth hatte doch alles richtig machen und gerecht aufteilen wollen. Nur diese Freuds sind schuld, so Familie Roth, denn sie handelten unkonventionell, ungerecht, unkontrolliert und brüskierten Familie Roth auch noch mit einem Marmeladengeschenk.
Kapitalisten, wie die Familie Freud, sind doof und nur Sozialisten, wie wir, sind gut, so dachte fortan immer Familie Roth.

Baukosten

Der Bau einer Wohnung ist teuer. Er wird teuer durch lange Genehmigungszeiten, da die Bauämter tausende von Vorschriften zu beachten haben. Er wird teuer, da die Zinsen aufgrund der steigenden Staatsverschuldung stark gestiegen sind. Er wird teuer, da die Energiepreise aufgrund der Klimaideologie, der Russlandsanktionen und der Verteufelung der Kernenergie so hoch sind.
Er wird teuer, da all das auch die Bauarbeiter und Baumaschinen betrifft und daher die Löhne und Preise für sie auch sehr gestiegen sind. Genehmigungszeiten, Auflagen, Zinsen und Energiekosten verteuern das Bauen. Die Folge ist, dass sich ein vermieteter Neubau erst ab einer Kaltmiete von 20 Euro pro Quadratmeter lohnt – also z.B. 1.600 Euro bei 80 qm Wohnfläche als Kaltmiete. Da so hohe Kosten nur wenige Mieter und Selbstnutzer bezahlen können, sinken die Wohnungsneubauten dieses Jahr erstmals unter 200.000 Wohnungen.
Solange wir keine Reformen bekommen, solange werden wir weiterhin Wohnungsnot, hohe Mieten und geringe Eigentumsquoten haben. Ja, so ist er, der Sozialismus, unfähig, sich selbst zu reformieren.

Angst vor dem freien Mandat

In Sachsen-Anhalt ist die CDU auf die „glorreiche“ Idee gekommen, das freie Mandat für die eigenen Abgeordneten bei der Wahl des Ministerpräsidenten einzuschränken. Dies soll durch ein Rausgehen bei den ersten beiden Wahlgängen erfolgen. Begründet wird dies damit, dass die CDU-Führung den eigenen Abgeordneten nicht vertraut und sie bei einem Verbleib im Plenarsaal geheim Ulrich Siegmund zum Ministerpräsidenten wählen könnten. Die CDU-Abgeordneten sollten sich per eidesstattlicher Versicherung verpflichten und somit auf das freie Mandat schriftlich verzichten.

Obwohl dieses Verfahren in der CDU-Fraktion so beschlossen wurde, so gibt es schon einen unbeugsamen Abgeordneten, der verkündet hat, sich diesem Beschluß nicht beugen zu wollen.
Es handelt sich um Guido Heuer, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der CDU. Ihm gilt unsere volle Hochachtung.
Wenn die CDU-Führung das freie Mandat, also die Gewissensfreiheit eines jeden Abgeordneten, bei jeder Abstimmung für so gefährlich hält, was hält sie dann von einer freien und geheimen
Wahl der Bürger? Vielleicht sollte es vorsichtshalber lieber wieder eine Einheitsliste der Nationalen Front geben, auf der offen für den Wahlleiter sichtbar das Ja angekreuzt wird und der Gang zur geheimen Wahl in die Wahlkabine verdächtig ist. Nein, der Begriff Nationale Front ist veraltet und könnte als rechts interpretiert werden, aber ansonsten, so fürchte ich, denken viel zu viele Führungskräfte und Abgeordnete der sozialistischen Parteien von Die Linke, Grüne, SPD und CDU.
Akuteller Hinweis: Guido Heuer ist nicht mehr allein!

1 Prozent, aber wie

Es war Anfang 2020 als Funktionäre der Die Linke als ehemalige Mauerschützenpartei in Kassel zu einer Konferenz zusammenkamen. Sie diskutierten u.a. die Frage, ob das oberste Prozent der Reichen in Deutschland, also rund 800.000 Bürger, erschossen werden sollten. Alternativ wurde der Vorschlag, diese Menschen gemeinnütziger Arbeit zuzuführen, eingebracht.
Zur praktischen Umsetzung stellen sich mir ein paar Fragen:
Sollen nur die Männer erschossen werden und haben dann die Frauen und Kinder immer noch ihr Erbrecht an dem Vermögen, werden also dann zu den neuen 1%?
Oder soll immer die ganze Familie erschossen werden, damit das Erbrecht entfällt?
Was ist dann aber mit weiteren Erben, sollen die per Gesetz ausgeschlossen werden?
Wer soll die Erschießung so vieler Menschen übernehmen? Die Polizei oder die Antifa?
Wenn statt der Erschießungen die Zuführung der 800.000 Bürger zu gemeinnütziger Arbeit erfolgen soll, so stellen sich hinsichtlich des Personenkreises und des Eigentums die gleichen Fragen.
Hinzu kommt die Frage, ob die Zuführung zu gemeinnütziger Arbeit all dieser Menschen dezentral oder konzentriert in Lagern erfolgen soll. Sowohl bei einer dezentralen Zuführung wie auch bei einer Unterbringung der 800.000 Bürger in zentralen Lagern stellen sich weitere Fragen.
Wo sollen die Lager errichtet werden? Wie soll die Bewachung erfolgen? Was für Strafen werden bei Arbeitsverweigerung verhängt?
Sicherlich gibt es noch viele weitere praktische Fragen, über die sich die Die Linke wenig Gedanken machte, als sie ihre zwei Handlungsoptionen - Erschießung bzw. Zuführung zu gemeinnütziger Arbeit - diskutierte.
Übrigens, im Landkreis Stade wären rund 2.000 Bürger betroffen. Wahrscheinlich würden wir viele von ihnen kennen, da sie Firmenchefs, Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker, Handwerksmeister und Führungskräfte in Unternehmen sind.
Meine Meinung dazu:
Wie kann es sein, dass die Die Linke immer noch nicht vom Verfassungsschutz beobachtet wird und immer noch kein Verbotsverfahren gegen sie vor dem Bundesverfassungsgericht angestrengt wurde?
Wie kann es sein, dass es immer noch Wähler dieser Partei gibt? Wie kann es sein, daß die Zahl der Wähler in Berlin sogar zugenommen hat? Wie kann es sein, dass SPD und Grüne mit dieser Partei in Mecklenburg-Vorpommern koalieren wollen?

Eine Partei, bei der auf der Strategiekonferenz in Kassel am 1. März 2020 solche Vorschläge diskutiert wurden und die eine Vergangenheit als eine menschenverachtende Mauerschützenpartei hatte, die von 1946 bis 1989 eine Diktatur aufrecht erhielt, darf weder in Schwerin noch in Berlin jemals die Macht übernehmen!

Buchtipp des Monats

Mein Buchtipp des Monats ist „5 Minuten gegen die Macht“ von Ulrike und Tom Lausen. Letzterer wurde als Gutachter von der AfD zu den Corona Ausschüssen und zur Enquete Kommission eingeladen. Der Titel basiert auf der Tatsache, dass die Gutachter jeweils nur 5 Minuten reden und befragt werden durften. Die AfD ist die einzige Partei, die sich seit Ostern 2020 konsequent gegen die unsinnigen Maßnahmen und gegen eine Impfpflicht ausgesprochen hat und sich für eine konsequente Aufklärung einsetzt.

Mein Gott, Lars!

So wird vermutlich mancher gedacht haben, als er das Desaster rund um die Erhöhung der Tabaksteuer sah.
Was war passiert?
Die Tabaksteuer sollte ab 2027 erhöht werden, doch leider fiel niemandem bei den vielen Prüfungen und Besprechungen auf, dass im vom Bundestag beschlossenen Gesetz als Inkrafttretungsdatum nicht der 01.01.2027 sondern „nach Verkündigung“ im Bundesgesetzblatt stand. Somit ist das Gesetz nun in Kraft, aber es gibt gar nicht die dafür erforderlichen Steuerbanderolen. Aus dem Finanzministerium hieß es dazu, es sei ein technischer Fehler.
Aber so einfach geht das nicht, denn was im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde, das gilt.
Das Bundesfinanzministerium kann nicht einfach die Nichtanwendung des Gesetzes befehlen, sondern es muss über den Bundestag ein Änderungsgesetz eingebracht werden.
Schlechte Gesetze sind wir gewohnt, schlimm genug. Aber nun auch noch fehlerhafte Gesetze?
Können die in der kleinen Koalition aus SPD und Union denn gar nichts mehr?

Zwischen Frankreich und Polen

Deutschland liegt nicht nur geografisch zwischen Frankreich und Polen. Auch in Fragen der Migration und der linken und migrantischen Gewalt und Kriminalität liegt Deutschland dazwischen. Während in Frankreich sich bereits bürgerkriegsähnliche Gewalt ihren Weg bahnt, hat Polen keine Asyleinwanderung, sondern nur Zuwanderung von Arbeitskräften zugelassen. In Frankreich sind die Straßen, Brücken und die meisten Schulen, soweit letztere nicht zerstört wurden, in Ordnung. Aber Frankreich hat ein Schuldenproblem, denn mit 121% des BIP (Schätzung für 2027) sind die Staatsschulden sehr viel höher als in den beiden anderen Ländern. Das führt zu nunmehr auch deutlich gestiegenen Zinsen für französische Staatsanleihen (5,07%) und diese wiederum zu einem hohen Staatsdefizit. Die hohen Zinsen wiederum belasten Frankreichs Wirtschaft und so erzielen die Firmen weniger Gewinn und das führt wiederum zu weniger Steuereinnahmen.
Ganz anders Polen, denn dort sind nicht nur die Brücken, Straßen und Schulen in Ordnung, sondern es sind auch die Staatsschulden gering. Außerdem hat Polen keine Probleme mit dem Euro oder mit gewalttätigen und sich nicht an Regeln haltende Asylmigranten, da es beides nicht hat.

Deutschland wird sich entscheiden müssen, ob es den Weg von Frankreich oder den von Polen gehen will. Übrigens, Dänemark hat als EU-Land eine Ausnahmegenehmigung und macht so eine wesentlich restriktivere Flüchtlingspolitik als Deutschland oder Frankreich. Warum lernen wir nicht von Dänemark und Polen?
Dr. Alice Weidel hat in Straßburg gefordert, die EU-Verträge neu zu verhandeln, damit die EU auf die guten alten Grundsätze zurückgeschnitten wird und ideologischer und bürokratischer Abfall entsorgt werden kann.

Alice für Deutschland

Egal, ob auf die Folgen des Mullah-Regimes im Iran ab 1979 oder auf die Ereignisse an der Kölner Domplatte Silvester 2015, sie hat schon früh auf die Gefahren des Islamismus hingewiesen. Sie hat sich konsequent für die Rechte der Frauen eingesetzt und klar Frauen von Transgenderpersonen abgegrenzt.
All das und vieles mehr hat sie mit ihrem Lebensprojekt, mit der Zeitschrift Emma, verwirklicht. Die Druckausgabe wird nun eingestellt, denn Alice Schwarzer ist nun schon 83 Jahre alt.
Wir gratulieren ihr zu ihrem Lebenswerk und alles Positive, was sie damit für Deutschland erreicht hat.

Bekenntnisse

Der Spiegel veröffentlichte ein Interview mit der Bürgermeisterkandidatin von Die Linke samt deren interner Anmerkungen. Darin bekannte die Bürgermeisterkandidatin, dass sie Angst vor Islamisten und Clanmitgliedern hat und um ihre Familie fürchtet. Waren es vielleicht genau die Mitglieder des Clans und der Islamisten, die auf ihrer Wahlparty auftauchten?
In jedem Fall waren diese offenen Bekenntnisse sehr gut, denn sie kamen von links und waren ehrlich.

Seit hundert Jahren

Nahezu hundert Jahre ist es her, dass die braunen Sozialisten der NSDAP Kontakt mit Islamisten in Syrien aufnahmen. Das Ziel war Antisemitismus.
Rund 50 Jahre ist es her, dass die roten Sozialisten der SED Kontakt mit Islamisten im Libanon und in Jordanien aufnahmen, um die Terroristen der RAF (Rote Armee Fraktion) dort ausbilden zu lassen.
Seit rund 25 Jahren wird durch die grünen Sozialisten der „UnsereDemokratie“-Parteien durch Nichthandeln, durch passives Gewährenlassen, durch Anbiederung oder durch aktive Unterstützung der Islamismus in Deutschland unterstützt. Auch werden Warner und Mahner vor dem Islamismus als „Rechte“ in die Ecke gestellt. Dabei ist insbesondre in diesem Fall der Begriff „Rechte“ genau richtig, denn die Rechten haben recht mit ihren Mahnungen.
Der Islamismus will unsere christlich-jüdische deutsche Kultur abschaffen und durch eine Kultur eines im Frühmittelalter verbliebenen Islamismus ersetzen. Der Islamismus hat in Deutschland schon viel zu viel Elend, Not und Tod gebracht. Er konnte dies nur, weil Sozialisten es zuließen.

4. Zu guter Letzt

Massenschlägereien in Stade

In Stade gab es nun bereits die vierte Massenschlägerei mit dutzenden, zuletzt über 50, Beteiligten.
Zwei Gruppen gingen bei der letzten Schlägerei aufeinander los und es wurden u.a. auch Dachlatten und Messer eingesetzt. Anwohner wollen auch einen Schuss gehört haben, doch es fanden sich keine Patronenhülsen. Lag das daran, dass ein Revolver benutzt wurde, bei dem die Hülsen nicht automatsich ausgeworfen wurden? Ging es hier um den Streit zwischen zwei muslimischen Clans?
Die Polizei Stade betont, dass es sich nicht um polizeibekannte Großfamilien oder Clanmitglieder handelte. Ist damit dann offen, ob es sich um noch nicht polizeibekannte Großfamilien oder Clanmitglieder handelte?
Es bleiben viele Fragen offen. Daher fordern wir Klarheit und Offenlegung aller Fakten. Gerne auch nur mit Nennung der Vornamen. Erst dann können wir uns ein Bild machen.